

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

D/XX11/243

Bonn, den 21. Dezember 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

seite Zeilen

1 - 3 Ausgleich der Interessen 146

Deutsche Bemühungen um Versachlichung des Ost-West-Verhältnisses
Von Günter Markscheffel

4 - 5 Mitteldentscher Alltag 71

Volkswirtschaftsplan - Staatshaushalt - Neues Strafrecht
Von Walther Ramm

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

Durchschlagender Erfolg beim ersten Versuch
- "Aufklärungskurse" überall gefragt
Europa rüstet zum Kampf gegen Ungleichheit
- Frauen sollen nicht länger unterbezahlt werden
Einheitliche Ausbildung für Krankenschwestern
Kurzmeldungen

***** Zur Beachtung *****

Unsere neue Anschrift lautet:
SED-PRESSEDIENST GmbH
53 Bonn 9, Heussallee 2-10
Pressehaus I, Zimmer 217
Telefon 22 80 37/38

Ausgleich der Interessen

Deutsche Bemühungen um Versachlichung des Ost-West-Verhältnisses Von Günter Markscheffel

Die letzten Wochen dieses Jahres haben Unruhe in die Deutschlandpolitik gebracht. Beim Bundeskongreß der Jungsozialisten in Mainz und bei der Jahrestagung des Kuratoriums UNTEILBARES DEUTSCHLAND in Berlin ging es hoch her. Jetzt liegen die Protokolle beider Tagungen vor. Sie zeigen, daß in Mainz und in Berlin viel Interessantes, aber auch viel Ungerechtes gesagt wurde. Das Ungerechte ist nicht überraschend; es gehört zum sogenannten neuen Stil und wird gelegentlich als "Ausdruck allgemeinen Unbehagens" bezeichnet. Das Interessante läßt sich in zwei Kategorien einteilen: In die Kategorie des Weiterdenkens über Schablonen hinaus und in die des Versuchs, mit Hilfe staats- oder völkerrechtlicher Konstruktionen und Proklamationen eine neue Politik anzusteuern.

Im ersten Fall führen meist die Pragmatiker und Taktiker das Wort. Sie versuchen, durch neue Angebote an kommunistisch regierte Staaten in die uns gegenüber aufgerichtete Front des Mißtrauens und der permanenten Verleumdung einzubrechen. Ein Erfolg dieser Methode ist nicht zu erwarten, weil "die andere Seite" - wie die Erfahrung zeigt - meist mit noch größerem Mißtrauen und noch größeren Verleumdungen reagiert.

Oder was ist es anderes, wenn Ostberlin zum jüngsten Schütz-Memorandum erklärt, der geschäftsführende Kuratoriumsvorsitzende habe "im Einvernehmen mit den monopolkapitalistischen Kreisen" die Diskussion über die Anerkennung der DDR als zweiter deutscher Staat nur abstoppen wollen? Schütz bleibt für Ostberlin trotz seines verzweifelten und redlichen Bemühens um eine neue und - wie er sagt - realistische Deutschlandpolitik "ein Exponent des westdeutschen Revanchismus und Militarismus". - Wir hoffen, daß er sich nicht entmutigen läßt.

Der Versuch, mit Hilfe von staatsrechtlichen oder anderen juristischen Konstruktionen die Spaltung Deutschlands und Europas zu überwinden, scheitert ebenfalls an der Widerspenstigkeit der anderen Seite. Juristerei ist kein Ersatz für Politik. Sie kann ein Mittel zur Proklamation eines Rechtsstandpunktes oder -titels sein, bedeutet in der politischen Praxis aber wenig; vor allem dann, wenn der Kontrahent unter "Recht" etwas ganz anderes versteht als wir.

* * *

Veränderungen einer gegebenen politischen Situation sind immer das Ergebnis einer Machtveränderung oder Veränderung einer bestimmten Interessenlage der Beteiligten.

Wenn im frühen oder späteren Mittelalter dieses oder jenes Gebiet über Nacht zu einem anderen Staat zugeschlagen wurde, dann geschah dies, weil ein Fürst einen anderen im Kriege besiegt hatte, - also durch eine Machtverschiebung - oder weil die Tochter des Fürsten X mit dem Sohn des Fürsten Y verheiratet wurde. Weder Rechtstitel, noch der Wille der Einwohner der betreffenden Gebiete waren entscheidend, sondern entweder die brutale Macht oder die veränderte Interessenlage der Beteiligten.

Nach dem zweiten Weltkrieg, als die Siegerallianz auseinandergefallen war, lag es im Interesse der Sowjetunion, mindestens den

von ihr besetzten Teil Europas als militärische Plattform gegenüber dem Westen zu behalten. Aus dieser Interessenslage der Sowjetunion ergab sich der Ansatz zur Spaltung Deutschlands und Europas, obwohl Koskau zu dieser Zeit noch von einem "Deutschland mit einer Zentralregierung" sprach. Als die westlichen Alliierten das erkannten, war es zu spät. Sie mußten "nachziehen", weil es nun in i h r e m Interesse lag, eine Abwehrfront gegen den Expansionsdrang des Kommunismus zu bilden. Daß Deutschland als Staat dabei in zwei oder gar drei Teile (Westberlin) aufgespalten wurde, war das Ergebnis der veränderten Interessenslage der Siegerallianz, nicht aber das Ergebnis einer freien Willensentscheidung der Deutschen.

* * *

Inzwischen sind 22 Jahre vergangen. In dieser Zeit haben sich die Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt, sowie die Wirtschaftsblöcke EWG und COMECON gebildet. Beide Teile Deutschlands sind Mitglieder je zweier dieser militärischen und wirtschaftlichen Gruppierungen geworden. Beide Teile Deutschlands haben sich mit ihrer Innen- und Außenpolitik an den vermeintlichen oder berechtigten Gesamtinteressen der militärischen und wirtschaftlichen Gruppierungen orientiert, in die sie jetzt eingegliedert sind. So gesehen ist die gegenwärtige politische und ökonomische Interessenslage beider Teile Deutschlands identisch mit der Interessenslage ihrer jeweiligen Bündnispartner.

Da niemand in Europa daran denken kann, die bestehenden Verhältnisse mit Gewalt ändern zu wollen, erhebt sich die Frage, ob Veränderungen mit dem Ziel der Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas nicht durch die Veränderung der Interessenslage aller von dieser Spaltung Betroffenen herbeigeführt werden könnten.

Es liegt z.B. ohne Zweifel im Interesse a l l e r Betroffenen, daß die Rüstungslasten gleichwertig und gleichzeitig reduziert werden, weil die Wirtschaft nicht mehr lange in der Lage ist, ohne Schaden die seit Jahren anwachsenden Milliardenbeträge für Rüstungszwecke zu verkraften. Daraus ergibt sich eine gemeinsame Interessenslage.

Würde es gelingen, diese gemeinsame Interessenslage zu klären und hieraus vernünftige Konsequenzen zu ziehen, könnte mit einem nächsten Schritt versucht werden, die gemeinsame wirtschaftliche Interessenslage auszuloten.

* * *

Die Bundesrepublik Deutschland hat in dieser Beziehung eine Politik der offenen Tür eingeleitet. Es ist das Verdienst des verstorbenen Präsidenten des BdV, Wenzel J a k s c h, daß die gemeinsamen west- und osteuropäischen wirtschaftlichen Interessen in Form eines Memorandums dargestellt wurden, dessen Bedeutung auch in den kommunistisch regierten Staaten Ost- und Südosteuropas anerkannt wird.

Am 13. Oktober 1967 beschloß der Deutsche Bundestag einstimmig, die Bundesregierung möge im EWG-Ministerrat anregen, daß dieser den Mitgliedern des COMECON vorschlage, einen Koordinationsausschuß zu bilden, der die Möglichkeiten der Zusammenarbeit von EWG und COMECON erforschen soll.

In b e i d e n Fällen - beim Jaksch-Memorandum und bei dem erwähnten Beschluß des Deutschen Bundestages - konnte festgestellt werden, daß trotz heftiger Attacks Ostberlins gegen die Bundesrepublik in allen osteuropäischen Staaten das Interesse an einer wirtschaftlichen

Zusammenarbeit zwischen West- und Osteuropa gestiegen ist. So wird heute das Jaksch-Memorandum an mehreren Universitäten osteuropäischer Staaten als Grundlage von Seminararbeiten benutzt. Und nach dem Beschluß des Bundestages vom 13. Oktober 1967 haben fast alle Mitgliedsstaaten des COECON ihre Beobachterposten in Brüssel mit hochqualifizierten Kräften verstärkt.

Beides deutet darauf hin, daß auf die Dauer gemeinsame Interessen doch sehr stark sind. Das wurde übrigens auch nach der dreitägigen Konferenz der deutschen Missionschefs in den ost- und südosteuropäischen Staaten festgestellt, die kürzlich in Bonn stattfand. Übereinstimmend waren die Missionschefs der Meinung, daß trotz heftiger politischer Attacken Ostberlins gegen die Bundesrepublik das wirtschaftliche Interesse der ost- und südosteuropäischen Staaten an einer Steigerung des Warenaustausches mit der Bundesrepublik nicht nachgelassen hat. Hier allerdings zeigen sich - auch wieder bedingt durch die unterschiedlichen Interessen - Schwierigkeiten, die beseitigt werden müssen. Die meisten ost- und südosteuropäischen Länder sind natürlich am Export landwirtschaftlicher Produkte interessiert; die Bundesrepublik dagegen sucht vornehmlich Absatzmärkte für Industrieerzeugnisse. - Unabhängig von den politischen Kontroversen zwischen Ost und West wird es daher Aufgabe der Bundesrepublik bleiben, einen langfristigen Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Wünschen herzustellen.

* * *

Im Übrigen spiegelt sich die Auseinandersetzung über die Frage, ob im Ost-West-Verhältnis politische oder ökonomische Interessen Vorrang haben sollten, auch in den Diskussionen der entscheidenden Gremien in den ost- und südosteuropäischen Staaten wider. Trotz größter Diskretion, mit denen in diesen Ländern Auseinandersetzungen über grundsätzliche Fragen umgeben werden, ist es doch kein Geheimnis geblieben, daß man in den Zentralkomitees der kommunistischen Parteien schon seit geraumer Zeit gewisse Entscheidungen entweder auf die lange Bank schiebt oder nur mit knappen Mehrheiten fällen kann. Auch bei diesen Auseinandersetzungen stehen im Vordergrund weniger die politisch-dogmatischen Probleme, als vielmehr jene Überlegungen, die mit der unmittelbaren ökonomischen Interessenlage des betreffenden Landes im Zusammenhang stehen.

* * *

Nachdem die Bundesrepublik seit ihrem Bestehen den Kontakt zu den ost- und südosteuropäischen Staaten mehr oder weniger vernachlässigt hat, wird es allerdings großer und langfristiger Anstrengungen bedürfen, um erstens das ihr gegenüber bestehende Mißtrauen abzubauen, und um zweitens eine Situation herbeizuführen, in der bei voller Erkenntnis der politischen Realitäten des Europa von heute die Gemeinsamkeit vieler Interessen vorbehaltlos anerkannt wird. Aber auch ein solcher Versuch wird noch manchen Rückschlag erleiden.

Es wäre daher eine Illusion zu glauben, man könnte durch die hier angedeutete Herbeiführung einer neuen Interessenlage aller europäischen Staaten von heute auf morgen die seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa entstandene politische Landschaft völlig verändern. Nur sollte man sich darüber klar sein, daß die Herbeiführung gemeinsamer Interessen wahrscheinlich noch der einzige Hebel ist, mit dessen Hilfe die uns bedrängenden europäischen Probleme und damit auch unser deutsches Problem in Bewegung gebracht werden können.

+ + +

Mitteldeutscher Alltag

Volkswirtschaftsplan - Staatshaushalt - Neues Strafrecht

Von Walther Ramm

Kurz vor Jahresschluß mußten die Abgeordneten der "Volkskammer der DDR" ein größeres Arbeitsprogramm bewältigen. Drei wichtige Gesetze wurden zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt:

- * Der Volkswirtschaftsplan für 1968
- * Der Staatshaushaltsplan für 1968
- * Das neue Strafgesetzbuch und die neue Strafprozeßordnung

Der Vorsitzende der "Staatlichen Plankommission", Schürer, begründete das Plangesetz für 1968. Der Jahresplan ist Teil des Fünfjahresplans für die Jahre 1966 bis 1970. Die Jahrespläne werden jeweils einzeln zum Gesetz erhoben. Produktionsbetriebe, Institute, Verwaltungen usw. sind durch Gesetz zur Planerfüllung verpflichtet. Schürer führte aus, daß im Jahre 1968 wichtige Schritte zur Vollendung des "Neuen ökonomischen Systems des Sozialismus als Ganzes" getan werden. Haupterzeugnisse, die der Industrieproduktion das Profil geben, müssen von Auftrag bis zum Absatz als "komplexe Planung" durchgeführt werden. Darüber hinaus wird jetzt die Planung auch auf die "Reproduktion der Anlagewerte" ausgedehnt. Improvisationen werden unmöglich gemacht, Anlagewerte unterliegen von nun an der Plandisziplin.

Im Rahmen des "Neuen ökonomischen Systems" wird besonderer Wert auf die exakte Preisbildung der erzeugten Waren gelegt. Das "NÖS" ist nur dann funktionsfähig, wenn die Preiswillkür beendet und der "reale Preis" als Wertmesser vorhanden ist.

Für die Verbesserung der Produktion ist eine erweiterte Ausbildung von Fachkräften vorgesehen. Die mathematische Disziplin an Hochschulen und Universitäten soll um 38 Prozent vergrößert werden. Die Technologie erfährt eine Erweiterung um 26 Prozent; Feinmechanik und Optik um 24 Prozent. Schwerpunkte im Planvorschlag 1968 bilden: eine verstärkte Automation; Veränderungen in der Planung strukturbestimmender Haupterzeugnisse der Industrie, Erweiterung der Elektrotechnik-Elektronik, Vergrößerung der Metallurgie, Erhöhung der Leistungsfähigkeit im Bauwesen, verbesserter Gerätebau und Ausbau energieerzeugender Anlagen. - Das Nettoneationaleinkommen soll sich um 5,4 Prozent erhöhen. Industrie und Bauwesen werden um 6,5 Prozent, die Erzeugung industriell hergestellter

Waren (Haushaltsgeräte usw.) um 6,4 und die landwirtschaftliche Produktion um 2,7 Prozent erhöht. Die Planzahlen dürften den vorhandenen Gegebenheiten entsprechen. In früheren Jahren wurden Planzahlen vom grünen Tisch diktiert, die sich später als illusionär erwiesen. Die Richtzahlen für 1968 beanspruchen, als optimale Größen gewertet zu werden.

Haushaltspläne und Wirtschaftspläne stehen in enger Abhängigkeit zueinander. Die Nichterfüllung von Wirtschaftsplänen hat unvermeidliche Etatfolgen. Die Betriebe führen einen Teil ihrer Gewinne an den Staatshaushalt ab. Haben die Betriebe keine oder Gewinne, die unter dem Planvorschlag liegen, so fehlen dem Etat diese Mittel. Die Etats sind so angelegt, daß sie nicht nur ausgeglichen sind, sie weisen einen bestimmten Überschuß aus. Die Einnahmen für 1968 sind mit 58,9 Milliarden Mark veranschlagt. Die Ausgaben betragen 58,8 Milliarden Mark. Es verbleibt ein Etatpolster von 0,1 Milliarde Mark. Die Haushalte der Bundesrepublik und der DDR sind in ihrer Größenordnung nicht ohne weiteres vergleichbar. Der DDR-Etat enthält hohe Summen für Investitionen, die in dieser Form bei uns fehlen. Für zentrale Investvorhaben werden 1968 rund 4 Milliarden Mark ausgewiesen; 1,2 Milliarden Mark werden für besondere Forschungs- und Entwicklungsaufgaben veranschlagt. Die Verteidigungskosten werden mit 5,8 Milliarden Mark ausgewiesen, fast 60 Prozent mehr im Vergleich zum Vorjahr. Finanzminister Böhm versuchte die erhöhten Verteidigungsausgaben damit zu begründen, daß "im Bonner Staat der Multimillionäre... der Staatshaushalt als Instrument einer aggressiven Expansionspolitik benutzt wird..." Für Gesundheits- und Sozialwesen, Sozialversicherung und Kultur werden 22,6 Milliarden Mark (38 Prozent) veranschlagt. Geringere Einnahmen und Ausgaben gegenüber dem Vorjahr sind auf veränderte Gewinnabgaben, die 1968 zur Eigenfinanzierung in Betrieben verwendet werden, zurückzuführen.

Frau Benjamin begründete vor der Volkskammer den Entwurf für ein neues Strafgesetzbuch (StGB) und eine neue Strafprozeßordnung (StPO). Mit dem neuen StGB werden eine Reihe Sondergesetze, die bisher zur Aburteilung von Tätern herangezogen wurden, sowie Grundsatzurteile des höchsten Gerichts der DDR zu einem einheitlichen Strafgesetzbuch zusammengefaßt. Mit der Verabschiedung des StGB und der StPO wird die Rechtseinheitlichkeit, die zwischen der Bundesrepublik und der DDR bestand, aufgehoben. Dem politischen und wirtschaftlichen Bruch folgt der Bruch in der Judikatur. Der Graben, der zwischen Bundesrepublik und DDR aufgerissen ist, wird noch weiter vertieft.